

# Inhalt der Sitzung vom 21.06.2010

## TOP Ö 1 Fragen der Bürgerinnen und Bürger

Herr W. Wolf sprach den Demografietag an, dessen Zuspruch nach seinen Beobachtungen unter der Erwartung geblieben sei. Er fragte an, ob eine Wiederholung geplant sei und regte gleichzeitig an, den Schwerpunkt auf junge Familien zu legen.

Bürgermeister Schmitt bestätigte, dass der Zuspruch in diesem Jahr nicht so rege wie im Vorjahr war. Der demografische Wandel betreffe alle Bevölkerungsteile, quasi von 0-99, daher sei die Anregung sicherlich eine Überlegung wert, doch müsse man zum jetzigen Zeitpunkt erst mit allen Beteiligten den diesjährigen Demografietag am vergangenen Samstag auswerten, um genaue Erkenntnisse zu gewinnen.

Herr G. Arzt regte an, ein provisorisch an der Ausfahrt vom Neubaugebiet „Gässeläcker“ aufgestelltes Schild zu entfernen. Er forderte weiter, wuchernde Hecken eines an sein Grundstück Zehntstr. 39 angrenzenden Spielplatzes zu entfernen. Zum Demografietag merkte er an, dass dieser für junge Familien weniger interessant war.

## TOP Ö 2 Bildung von Haushaltsresten für das Haushaltsjahr 2009

Die Bildung von Haushaltsresten ist im Rahmen des Rechnungsabschlusses 2009 erforderlich. Am 31.5.2010 wurden die Haushaltsreste nochmals eingehend im Ausschuss VKSS beraten. Hier wurde auch beschlossen dem Gemeinderat vorzuschlagen, bestimmte Mittel ganz bzw. teilweise zu sperren und nur mit entsprechendem Ratsbeschluss freizugeben.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) führte aus, dass die Thematik mittlerweile nochmals detailliert im Ausschuss beraten und diskutiert wurde und dass man nach der sehr ausführlichen Information auch der außergewöhnlich hohen Summe zustimmen könne. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) verwies auf die vorherige Gemeinderatssitzung, in der von der CDU angeregt wurde, den TOP nochmals im Ausschuss zu diskutieren. Sie stellte den Antrag, weitere Sperren bei den Positionen Datenverarbeitung und Erwerb von beweglichem Vermögen im Rathaus auszubringen.

Sie forderte weiter eine Aufstellung der Einbruchsschäden im Rathaus und eine Aufstellung der Abrechnung für die Photovoltaikanlage. Sie gab die Zustimmung für die CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Mende (SPD) sprach nochmals verschiedene Einzelpositionen an. Er erkundigte sich bei dem Posten „Unterhaltung Friedrichschule“ nach dem Grund für die Differenz zwischen dem Angebot der Fa. Eschelbach und der tatsächlichen Summe.

BAL Boxheimer erläuterte, dass hier noch der Gerüstbau sowie allgemeine Unterhaltsleistungen hinzu kämen. Bei dem Punkt „Unterhaltung Mehrzweckhalle“ ließ sich Mende erläutern, dass die Summe u.a. für Fenster, Türen und die laufende Unterhaltung veranschlagt ist.

Bei den Verkehrszeichen versicherte er sich, dass der größte Teil der Zeichen für den Bruchhäuser Weg angeschafft wurden. Er erkundigte sich nach der Kostenbeteiligung für den Geh- und Radweg Jahnstraße und erachtete die Photovoltaikanlage als problematisch. Er gab die Ablehnung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass den Kommunen das Geld ausgehe und Not erfinderisch mache. Der Kämmerer müsse neue Wege erschließen um Geld zu bekommen und rechne sich mit der Bildung von Haushaltsresten quasi arm, um an Mittel aus dem Ausgleichsstock des Regierungspräsidiums zu kommen. Er forderte eine quartalsmäßige Information des Gemeinderats über die laufenden Einnahmen und Ausgaben und gab die Zustimmung der GLP.

BGM Schmitt teilte mit, dass der Budgetzwischenbericht zum Halbjahr erfolge, dass die Verwaltung dem Gemeinderat jedoch gerne zusätzlich eine allgemeine Mitteilung zum Verlauf des Haushaltsjahres gebe.

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit 12 Ja-Stimmen der PL (6), CDU (5), und der Stimme des Bürgermeisters bei 4 Gegenstimmen der SPD (2) und GLP (2).

### **TOP Ö 3 Bedarfsplanung der Kinderbetreuung in Plankstadt für die Kindergartenjahre 2011/2012**

Die Bedarfsplanung der Tageseinrichtungen für Kinder ist eine Rahmenplanung. Sie ist durch die Verwaltung jährlich fortzuschreiben. Die Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2011/2012 belegt, dass in der Gemeinde die Kapazität für die Betreuung 3- 6-jähriger Kinder gut ausgelastet ist. Bei der Kleinkindbetreuung ergibt die fiktive Berechnung einen zusätzlichen Bedarf an Plätzen.

GR Gerhard Waldecker (PL) forderte die Verwaltung auf, insbesondere im Hinblick auf die neuen Wohngebiete sensibel den Bedarf in Plankstadt im Auge zu behalten und zu handeln. Man dürfe nicht von der Entwicklung überrascht werden, auch wenn die Finanzen eingeschränkt sind.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass es sich abzeichne, dass man in Plankstadt Krippenplätze braucht. Sie forderte im Bereich der Kinderbetreuung eine kurzfristige, mittelfristige und langfristige Planung. Sie bat den Ausschuss einzuberufen, der sich ausschließlich mit der Thematik Kinderbetreuung befassen solle. Sie schlug die Möglichkeit vor, ein Förder-programm für Tagesmütter durch die Verwaltung zu initiieren.

GR Gaby Wacker (SPD) sagte, dass die Fortschreibung sehr aufschlussreich ist. Sie sprach die unterschiedlichen Öffnungszeiten an und vergewisserte sich, dass in den katholischen Betreuungseinrichtungen noch 18 Plätze frei sind. Sie schloss sich Ihren Vorrednern an und forderte, dass die Verwaltung Vorschläge ausarbeiten solle. Bei der Humboldtschule sei aus Ihrer Sicht ein interessanter Standort.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass man schon jetzt dringend eine weitere Gruppe zur Kleinkindbetreuung brauche, genauso wie eine weitere Ganztagesgruppe. Die Eltern würden gerne verlängerte Öffnungszeiten in Anspruch nehmen, genauso wie ein warmes Mittagessen. Bei der Ferienregelung sah sie ein Problem, denn die Berufstätigen müssen ihre ganze Urlaubsplanung an die Schließtage der Kindergärten anpassen.

BGM Schmitt erklärte auf Schüllers Frage, dass ein Anbau an einen bestehenden Kindergarten aus Kostengründen nicht sinnvoll sei.

GR Jutta Schuster (CDU) merkte an, diese Diskussion im Ausschuss umgehend nach der Sommerpause aufzunehmen.

Der Gemeinderat nahm die Beschlussvorlage zur Kenntnis.

## **TOP Ö 4 Neukonzeption Kernzeit- und Hortbetreuung mit neuer Entgeltordnung ab dem Schuljahr 2010/2011**

Zum kommenden Schuljahr 2010/2011 schlägt die Verwaltung eine Neukonzeption der Kernzeitbetreuung (Friedrich- und Humboldtschule) sowie des Hortes vor. Diese Neukonzeption wurde bereits im Ausschuss VKSS am 31.5.2010 vorberaten.

Wichtigster Punkt der Neukonzeption ist eine deutliche Ausweitung der betreuten Ferienzeiten, mit lediglich noch 15 Schließtagen und die Einführung einer flexiblen Buchung für alle Angebote an beiden Schulen. Künftig können die Eltern das Betreuungsangebot ganz ihren persönlichen Bedürfnissen anpassen. D.h. die Angebote können tageweise gebucht werden, aber auch nach vorgegebenen Zeitspannen innerhalb des Tages. Diese Flexibilität wird dann nur durch Auslastung eingeschränkt.

GR Gerhard Waldecker (PL) bestätigte, dass eine umfangreiche Vorplanung des TOPs stattgefunden hat. Die Einrichtung ist notwendig und seitens der PL begrüße man die Flexibilisierung und Sozialstaffelung.

Zufriedenstellend sei auch, dass die bestehende Betreuungskraft erhalten bleibt und man hoffe, dass die Kernzeitbetreuung weiterhin so gut angenommen werde und die Hortbetreuung künftig noch besser. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Dr. Udo Weis (CDU) begrüßte die Vorlage, da sie die Bestrebung der CDU widerspiegele. Er lobte die Flexibilisierung und gab die Zustimmung der CDU.

GR Gaby Wacker (SPD) sagte, dass die Vergabe der Kernzeitbetreuung in der Humboldtschule zwar mehrheitlich beschlossen wurde, aber von der SPD abgelehnt wurde. Nun folge der 2. Streich. Sie bemängelte, dass genauere Angaben zum Personal fehlen würden und vertrat die Meinung, dass es nur noch Aushilfen geben würde.

BGM Schmitt berichtete, dass die Kernzeitbetreuung an der Friedrichschule bei der Gemeinde bleiben wird. Daraufhin gab Wacker die Zustimmung der SPD.

GR Jutta Schuster (CDU) versicherte sich, dass die Verwaltung der Betreuungsangebote bei der Gemeindeverwaltung bleibe und nicht an Postillion gehe.

GR Sigrid Schüller (GLP) stellte das wesentlich flexiblere Angebot heraus. Die Sozialstaffelung sei für die unteren Einkommen zwar gering, doch kann eine finanzielle Hilfe beim Kreis beantragt werden. Hier solle die Verwaltung unterstützend wirken. Sie regte an, ein warmes Essen an der Friedrichschule anzubieten und gab die Zustimmung der GLP.

Der Gemeinderat gab der Beschlussvorlage einstimmig seine Zustimmung.

## **TOP Ö 5 Straßenbeleuchtung - Leuchtentausch**

Die Thematik wurde bereits im UTB Ausschuss am 12.4.2010 vorberaten. Herr Weis von der EnBW stellte dem Gremium auf der Grundlage der neuen Normen und Richtlinien die zukünftigen Möglichkeiten bei der Straßenbeleuchtung vor. Er wies dabei deutlich darauf hin, dass wegen fehlender Langzeiterfahrungen LED-Lampen für die Gemeinde noch keine Handlungsoption sind. Nach Prüfung der aktuellen Leuchtentypen wurde eine wirtschaftliche Lösung erarbeitet, nach der in Plankstadt auf der Grundlage einer Prioritätenliste überall dort Straßenlampen ausgetauscht werden sollen, wo viel Energie verbraucht wird und wenig Leuchtkraft vorhanden ist.

Herr Weis von der EnBW gab in der Sitzung eine Präsentation über die unterschiedlichen Möglichkeiten für die Gemeinde. Er informierte unter anderem, dass die LED-Technik noch nicht ausgereift sei und die Gemeinde ein großes Energiesparpotential mit Leuchten habe, insbesondere auch, was die CO<sub>2</sub>-Emission angehe.

GR Silke Layer (PL) versicherte sich, dass eine Entscheidung bis 2012 erfolgen kann.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte, ob eine Lebensdauer von 30 Jahren LED-Leuchten voraussetze.

Herr Weis antwortete, dass die angesetzte Lebensdauer für die Laternenanlage gelte, nicht für die Leuchtmittel.

GR Silke Layer (PL) sagte, dass 44 % des Bestands an Straßenleuchten getauscht werden müssen. Man müsse Wert darauf legen, die Anlagen mit LED-Technik auszurüsten zu können, wenn diese Technik ausgereift ist. Sie forderte die EnBW auf, wenn sie den Auftrag erhält auch ortsansässige Firmen mit dem Leuchtentausch zu beauftragen und nannte als Beispiel die Firma Münch. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) forderte ebenfalls auf, ortsansässige Firmen mit einzubeziehen und gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die Vorlage komprimiert sei, die Räte aber gut informiert wurden und gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) merkte an, dass es sich bei der EnBW um einen Monopolisten handle, der vorwiegend auf Atomstrom setzte. Dies sah er als bedenklich. Das Auslaufen der Konzessionsverträge 2013 werfe seine Schatten voraus. Es gab Überlegungen einiger Gemeinden das Stromnetz zu kaufen. Hier bat er um einen Sachstandsbericht und gab die Zustimmung der GLP.

Der Beschluss wurde vom Gemeinderat einstimmig gefasst.

## **TOP Ö 6 Heizungssanierung Humboldtschule - Auftragsvergabe 1. Bauabschnitt**

Aufgrund ihres Alters entspricht die Heizungsanlage der Humboldtschule nicht mehr dem technischen Standard. Eine Modernisierung ist im Hinblick auf die Sicherstellung der Wärme und Warmwasserversorgung, die Einhaltung der gesetzlichen Emissionswerte und Einsparungen im Energiebereich unumgänglich.

GR Fredi Engelhardt (PL) sagte, dass die Heizung bereits öfters ausgefallen ist und schon länger nicht mehr den Anforderungen entspricht. Einen Anschluss an ein noch zu errichtendes Nahwärmenetz erachte er als sinnvoll und gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) vermisste einen Grundsatzbeschluss, ob ein Nahwärmenetz realisiert wird oder nicht. Er sah eine Zusammenarbeit mit der Firma UBP sehr kritisch und fragte, warum der benötigte Kessel nicht in dem Angebot enthalten sei. Er stellte den Antrag auf Neuausschreibung mit entsprechendem Kessel und gab ansonsten die Ablehnung der CDU.

Bürgermeister Schmitt sprach sich für ein Nahwärmenetz aus und bestätigte, dass es bisher weder einen Beschluss pro, noch einen contra Nahwärmenetz gebe und deshalb hier keine Fakten geschaffen werden sollen, die ein Nahwärmenetz auf Basis von erneuerbarer Energie quasi verhindern.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass ein definitiver Beschluss über die Nahwärme noch nicht gefasst sei, dass er selbst jedoch gegen das Nahwärmekonzept auf Basis von Biomasse sei. Er räumte ein, dass die Heizung momentan nicht den Anforderungen entspricht und gab unter der Voraussetzung, dass durch die vorgeschlagene Zweistufenlösung keine zusätzlichen Kosten entstehen, die Energieeffizienz gleich bleibt und keine weiteren Umbaumaßnahmen folgen, die Zustimmung der SPD. GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass Herr

Bruckner von der UBP dieses Thema im Rat vorgestellt habe, es aber mittlerweile eingeschlafen sei. Das Nahwärmenetz solle mehrere Liegenschaften versorgen. Er erkundigte sich, ob es bei einem Scheitern weitere Kosten gibt, oder ob man die vorhandene Installation dann reibungslos in eine Kesselanlage übernehmen könne. Er fragte, ob man wegen dieser offenen Fragen den TOP nicht vertagen sollte.

BGM Schmitt sagte, dass die Heizungsverteilung nun dringend saniert werden müsse und dass die Installation unabhängig von der künftigen Wärmeerzeugung ist. Er stellte auch klar, dass das Nahwärmenetz auf Basis erneuerbarer Energien nicht eingeschlafen sei, sondern zwischenzeitlich mehrere Gespräche über die optimale Ausgestaltung unter Einbeziehung der Bürger stattfanden. Ziel sei, noch in diesem Jahr zu einer Grundsatzentscheidung zu kommen. Da die Humboldtschule unbestritten eine Heizung brauche und unter der Voraussetzung, dass keine weiteren Kosten beim Scheitern eines Nahwärmeverbundes entstehen, gab er die Zustimmung der GLP.

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit 11 Ja-Stimmen der PL (6), SPD (2), GLP (2) und der Stimme des Bürgermeisters bei 5 Gegenstimmen der CDU.

### **TOP Ö 7 Sanierung der Ost- und Nordfassade der Friedrichschule - Auftragsvergabe**

Nachdem bereits Teilbereiche der Nordfassade sowie die komplette Süd- und Westfassade der Friedrichschule in den zurückliegenden Jahren saniert wurden, sind abschließend in diesem Jahr die Ostfassade sowie die Restfläche der Nordfassade an der Reihe.

GR Horst Kolb sprach von einer sinnvollen Maßnahme und freute sich, dass eine Plankstadter Firma den Auftrag erhält. Auf Fragen wurde ihm mitgeteilt, dass künftig keine Begrünung der Fassade mehr vorgesehen ist. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Wolf freute sich ebenfalls, dass man den Auftrag an eine Plankstadter Firma vergeben kann. Er versicherte sich, dass die Dachanschlüsse mitgemacht werden und gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD. Es sei gut, dass eine Plankstadter Firma den Auftrag erhält.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) freute sich auch über die ortsinterne Auftragsvergabe und gab die Zustimmung der GLP. Er regte an, die Nottreppe farblich anzupassen. Der BGM erläuterte, dass dies mit der Denkmalpflege abzustimmen sei und hohe Folgekosten produziere, jedoch geprüft werde.

Der Beschluss wurde vom Gemeinderat einstimmig gefasst.

### **TOP Ö 8 Antrag auf Befreiung wegen Überschreitung der Wandhöhe auf dem Grundstück Flst.Nr. 5055, Bgm.-Werner-Weick-Str. 4**

Bei dem Bauvorhaben im Geltungsbereich des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Bruchhäuser Weg“ werden die dortigen Festsetzungen grundsätzlich eingehalten. Auf der Gebäudenord- und-südseite wird die Wandhöhe jeweils über eine Breite von ca. 3 m um ca. 1 m überschritten.

GR Silke Layer (PL) führte aus, dass keine Nachbareinwendungen vorliegen. Sie mahnte an, dass in dem Gebiet noch die Straßenbeleuchtung fehlt und sprach sich dafür aus, dass Areal regelmäßig durch die Kehrmaschine reinigen zu lassen. Auf ihre Frage wurde von BGM Schmitt mitgeteilt, dass die Straßenbeleuchtung in den kommenden Wochen teilweise installiert wird. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Wolf (CDU) erkundigte sich, ob mit dem Bau des Gebäudes schon begonnen wurde. BAL Boxheimer

bestätigte dies. Die Bodenplatte wurde bereits gesetzt, was im Rahmen des Kenntnisgabeverfahrens zulässig ist. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD. Vor 20 Jahren hätte es mit der Genehmigung mehr Probleme gegeben.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

Der Beschluss wurde einstimmig vom Gemeinderat gefasst.

### **TOP Ö 9 Antrag auf Befreiung wegen Baugrenzenüberschreitungen auf dem Grundstück Flst.Nr. 3984, Schönauer Str. 17**

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Schwetzinger Straße links“. Nach der vorliegenden Planung soll die vordere Baugrenze über eine Breite von ca. 2 m um ca. 60 cm überschritten werden und die hintere Baugrenze über die gesamte Gebäudebreite um 1,50 m.

Der Gemeinderat gab der Beschlussvorlage einstimmig seine Zustimmung.

### **TOP Ö 10 Bauantrag zur Errichtung eines Holzlagerplatzes auf dem Grundstück Flst. Nr. 2304 im Straßengewann**

Beantragt wird die Errichtung eines gewerblichen Holzlagerplatzes im Außenbereich. Hier sind Vorhaben nach den Bestimmungen des § 35 BauGB zu beurteilen. Eine Privilegierung oder Begünstigung des Antragstellers aufgrund dieser Vorschrift ist nicht gegeben. Trotz positiver Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde schlägt die Verwaltung vor, das Einvernehmen zu versagen, um im schützenswerten Außenbereich großflächige gewerbliche Holzlagerplätze zu vermeiden.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass man mit der Genehmigung Fakten schaffe. Die PL sei nicht abgeneigt, für Landwirte ein 2. Standbein zu schaffen, aber es gäbe noch mehrere offene Fragen. Es bestehe derzeit noch keine Notwendigkeit für den Platz, doch solle die Verwaltung ein Konzept erarbeiten, sobald es mehrere Anfragen gibt. Sie gab die Zustimmung der PL zum Beschlussantrag.

GR Andreas Berger (CDU) gab die Zustimmung der CDU zum Beschlussantrag. Er räumte ein, dass sich das Grundstück eigne, fragte sich aber wo man anfängt und wo man aufhören solle.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD zum Beschlussantrag und sprach sich gegen eine Privilegierung aus.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sah die Thematik anders. Auch nach Rücksprache mit dem Nabu gäbe es keine Bedenken, der KKS habe auch keine Einwendungen geäußert. Die Errichtung sei zu begrüßen und man müsse eher als Auflage geben, an geeigneter Stelle ein Insektenhotel aufzustellen. Er lehnte für die GLP den Beschlussantrag ab. Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit 14 Ja-Stimmen der PL (6), CDU (5), SPD (2) und der Stimme des Bürgermeisters bei 2 Gegenstimmen der GLP.

### **TOP Ö 11 Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 17.5.2010 gefassten Beschlusses**

### **TOP NÖ1 Der Gemeinderat beschloss mehrheitlich ein Pachtverhältnis außerordentlich zu kündigen.**

## **TOP Ö 12 Verschiedenes; Bekanntgaben des Bürgermeisters und Anfragen aus dem Gemeinderat**

### **Aus dem Gemeinderat wurden folgende Anfragen gestellt:**

GR Karl Schleich (CDU) sagte, dass man den Kreis informieren solle, an der K 4144 das Gras auf den Seitenstreifen zu mähen. Er wies darauf hin, dass im Jungholz ein neuer „Campingplatz“ entstehe.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass man von Bauland eine Information über den Stand im Neubaugebiet Bruchhäuser Weg erhalten habe. Seitens der Verwaltung solle man die Grundstücksbesitzer, die Lärmschutzwallangrenzer sind, informieren, dass Ablagerungen auf der Böschung zusätzliche Kosten verursachen. Sie fragte, ob es generell die Möglichkeit gibt, die Böschungfläche zu nutzen, was seitens der Verwaltung verneint werden musste, da es sich hier um ausgewiesene Ausgleichsfläche handelt.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte, ob der Austausch des Schotters an der Friedrichschule, nach dem er sich in einer vorherigen Sitzung erkundigt hatte, Kosten verursacht hat. BAL Boxheimer informierte, dass kein Austausch stattgefunden hat, sondern nur die großen Steine entfernt wurden, da diese zweckentfremdet wurden.

Hohl sagte, dass er aus dem Mitteilungsblatt vom 17. Juni 2010 erfahren hat, dass die Blumenschmuckkommission am 16. Juli 2010 zusammenkommt und wollte wissen, warum hier nicht rechtzeitig informiert wurde. BGM Schmitt sagte, dass dies versehentlich unterblieben sei. Er bat bei dieser Gelegenheit die Fraktionen um Nominierung der Kommissionsmitglieder.

GR Hohl bat um Unterrichtung der Fraktionen über die Personalratswahl.

Unter TOP 2 sei die Rede von einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Bauhofes die Rede gewesen. Hohl erkundigte sich nach den Kosten und fragte, wann diese Untersuchung vorliege. BGM Schmitt informierte, dass die Untersuchung durch die GPA gerade begonnen hat und noch bis ins nächste Jahr andauert.

Im Raingewann soll durch ein Schild auf die Zauneidechse hingewiesen werden. Durch den Nabu habe man erfahren, dass die Verwaltung Teile des Schildtextes gestrichen habe. Bürgermeister Schmitt stellte klar, dass die Gemeinde dem Schildvorschlag des Nabu nicht näher treten werde. Die Verwaltung habe keine Teile des Textes gestrichen, sondern man werde einen anderen Textvorschlag zur Zauneidechse umsetzen.

GR Sigrid Schüller (GLP) nahm Bezug auf ein Schreiben von Bauland. Der Spielplatz für Kleinkinder soll nun geändert werden und nun für Kinder bis 12 Jahre angelegt werden. Sie fragte, wer das entschieden habe. BAL Boxheimer informierte, dass als Ausgleich der Spielplatz in der Bahnhofstraße für Kleinkinder geändert wurde.

Schüller fragte nach dem Stand des Kinderferienprogrammes. Dieses befindet sich in der Endabstimmungsphase. Sie fragte zuletzt nach dem Sachstand zu dem Thema Defibrilatoren. BGM Schmitt gab bekannt, dass die Beschaffung läuft.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) wies in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, dass nicht nur Defibrilatoren, sondern auch Wissen in lebensrettenden Erstmaßnahmen wichtig sei. Sie regte an, dass parallel zu der Anschaffung alle Beteiligten hier ihren Kenntnisstand auffrischen sollten.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) regte an, für die Sommermonate eine 400 €-Kraft für die Pflege der Grünanlagen befristet einzustellen.

GR Sigrid Schüller (GLP) fragte nach neuen Entwicklungen zur Werkrealschule. BGM Schmitt verwies auf die

Information in der letzten GR-Sitzung.

GR Gerhard Waldecker (PL) wies darauf hin, dass die Humboldtschule mit Graffiti besprüht wurde. Um diesem Vandalismus und Sachbeschädigungen vorzubeugen, fragte er verstärkte Kontrollen durch den Gemeindevollzugsdienst.